

PRIVATISIERUNG IN ÖSTERREICH – Ist öffentliches Eigentum an Wirtschaftsunternehmen noch zeitgemäß?

1. Standortsicherung durch geeignete Kernaktionärsstruktur	14
2. Industriepolitische Verantwortung wahrnehmen	16
3. Infrastrukturunternehmen sind von strategischer Bedeutung	16
4. Andere Länder schützen ihre Schlüsselunternehmen	17
5. ... in Österreich zählt derzeit nur: Alles verkaufen und so rasch wie möglich!	18
6. Ausblick	30

Auszug aus WISO 4/2003

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@ak-ooe.at

Internet: www.isw-linz.at

Miron Passweg

**Wirtschaftspolitischer
Referent der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte in Wien;
Schwerpunkte:
Privatisierungspolitik,
Forschungs- und
Technologiepolitik**

1. Standortsicherung durch geeignete Kernaktionärsstruktur

*österreichische
Konzernzentralen
wichtig für
Wirtschafts-
standort*

Die Schaffung und Erhaltung österreichischer Konzernzentralen ist eine wichtige Voraussetzung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und damit für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Wertschöpfungsintensive Unternehmensbereiche, also jene mit hoher Entscheidungs- und Investitionsverantwortung (z. B. Spitzenmanagement, Planung, Forschung und Entwicklung, qualitativ hochwertige Fertigung), von international tätigen Konzernen haben in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ihren Standort im Land der Muttergesellschaft. Darüber hinaus ist die Konzernspitze überdurchschnittlich häufig im Land der dominierenden Eigentümer angesiedelt. Das bedeutet, dass bei der Übernahme eines bisher im inländischen Besitz stehenden selbstständigen Unternehmens durch ausländische Eigentümer das Risiko des Verlustes an „strategischer“ Wertschöpfung an die Muttergesellschaft besteht. Davon betroffen sind im Regelfall nicht nur die höher qualifizierten Arbeitsplätze im Unternehmen selbst, sondern auch in den Zulieferbereichen, insbesondere in jenem der industrienahen Dienstleistungen. Dadurch besteht die Gefahr, dass ein Standort auch insgesamt an Attraktivität verliert. Mit dem Verkauf von österreichischen Schlüsselunternehmen ans Ausland ist also die Gefahr der Abwanderung von strategisch wichtigen Unternehmensteilen und damit des Verlustes an inländischer Wertschöpfung und Beschäftigung verbunden. Am Beispiel Semperit wurde uns diese Strategie deutlich vor Augen geführt: von der Abwanderung der Forschungsabteilung bis hin zur Stilllegung von Teilen der Produktion, wobei letztlich der gesamte Standort aufgegeben wurde – mit negativen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie und insbesondere auch im Bereich der industrienahen Dienstleistungen. Zu denken gibt einem auch der Fall Carrera-Optyl. Säße die Konzernmutter in Österreich und nicht in Italien, hätte der Konzern dann die Brillenproduktion gerade in Österreich aufgegeben?

*ausländische
Übernahmen
führen oft zu
Verlust an
„strategischer“
Wertschöpfung
an Mutter-
gesellschaft ...*

*... Beispiel
Semperit*

Finanzkräftige private Investoren sind in Österreich nur in begrenztem Umfang vorhanden. Pensionsfonds und Versicherungen sind ihrer Natur und Zielsetzung nach Finanzinvestoren und keine strategischen Eigentümer, da schon aufgrund der bestehenden Veranlagungsvorschriften bezüglich der Risikodiversifizierung nur kleine Unternehmensanteile gehalten werden dürfen. Die großen österreichischen Banken haben sich tendenziell aus ihren Industriebeteiligungen zurückgezogen. In jüngster Zeit ist allerdings das Interesse regionaler Banken an Industriebeteiligungen gestiegen. Neben Ländern, Kommunen und privaten Gruppen wären als strategische Beteiligungsinstrumente auch Mitarbeiterbeteiligungen und Management-Buy-outs denkbar. Eine längerfristige Absicherung dieser Vereinbarungen kann über Syndizierungen und Ähnliches garantiert werden.

finanzkräftige private Investoren in Österreich nur beschränkt vorhanden

Im Falle des Rückzugs der öffentlichen Hand als Kernaktionär besteht gerade in Österreich die Gefahr von feindlichen Übernahmen aus dem Ausland. Die von den Privatisierungsvorhaben betroffenen österreichischen Konzerne weisen oftmals eine wesentlich bessere Ergebnis- und Produktivitätsentwicklung auf als ihre europäischen Konkurrenten. Gleichzeitig jedoch verfügen sie aber selbst nicht über die nötigen Finanzmittel, um selbst Übernahmen tätigen zu können, die ihnen zu einer Größe verhelfen würden, um ihre eigene Übernahme durch andere, größere und finanzkräftigere Konzerne verhindern zu können. Überdies sind die von den Privatisierungen betroffenen Unternehmen teilweise stark unterbewertet. Dies eröffnet finanzkräftigeren Konzernen die Möglichkeit relativ kostengünstig einen Konkurrenten zu erwerben und damit loszuwerden und/oder zusätzliche Marktanteile zu gewinnen.

Gefahr von feindlichen Übernahmen aus dem Ausland bei Rückzug der öffentlichen Hand in Österreich besonders groß

2. Industriepolitische Verantwortung wahrnehmen

*Sperrminorität
würde Unter-
nehmensstandort
nachhaltig
sichern*

Ein Kernaktionär ÖIAG und eine Beteiligung der öffentlichen Hand von mindestens 25 % + 1 Aktie (Sperrminorität) an den Industrieunternehmen würde den Unternehmensstandort nachhaltig sichern. Über die Sperrminorität hinaus wäre eine mit den Interessen der jeweiligen Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer zu vereinbarende österreichische Kernaktionärsstruktur inkl. Mitarbeiterbeteiligung anzustreben.

Die ÖIAG müsste – als Instrument der aktiven Wirtschaftspolitik eingesetzt – von einer Privatisierungsholding in eine Beteiligungsgesellschaft zur langfristigen Wahrnehmung der Interessen des Bundes mit gesetzlich klar definierten strategischen Zielsetzungen umgewandelt werden. Zwecks Absicherung des Einflusses müsste die ÖIAG auch eine ausreichende Eigenmittelausstattung erhalten, um bei allfälligen Kapitalerhöhungen mitziehen zu können.

3. Infrastrukturunternehmen sind von strategischer Bedeutung

*bei Privatisierung
von Infrastruktur-
unternehmen
würde
Entscheidungs-
und Gestaltungs-
macht ins
Ausland
abwandern*

Die Sicherung einer leistbaren, hochwertigen und flächendeckenden Versorgung mit öffentlichen Basisdiensten wie etwa mit Post- und Telekommunikationsdiensten, der Energieversorgung oder dem öffentlichen Verkehr ist ein wichtiges Anliegen. Große Infrastrukturunternehmen wie Post, Telekom Austria, Verbund oder ÖBB sind für ein Land von strategischer Bedeutung. Eine vollständige Privatisierung von Infrastrukturunternehmen hätte zur Folge, dass die Entscheidungs- und Gestaltungsmacht ins Ausland abwandern könnte. Daher sind hier zumindest Lösungen zu finden, die die Erhaltung des öffentlichen Mehrheitseigentums mit einem Kernaktionär ÖIAG und damit die Entscheidungs- und Gestaltungsmacht in Österreich garantieren.

Eine vollständige Privatisierung der Post AG oder der Telekom Austria bzw. auch eine mehrheitliche Abgabe der Post AG an einen ausländischen Konzern wäre in diesem Sinne politisch nicht zu verantworten.

4. Andere Länder schützen ihre Schlüsselunternehmen ...

In manchen Staaten, wie z. B. in Deutschland, nehmen die Bundesländer, Großgemeinden und Banken die strategische Eigentümerfunktion bei zum Teil sehr großen Konzernen wahr, ergänzt durch ein System wechselseitiger Unternehmensverflechtungen. In Frankreich nimmt der Staat selbst diese Funktion wahr (z. B. Renault).

Beispielsweise wird der deutsche Stahlkonzern Salzgitter AG¹ vom Land Niedersachsen mit einer Sperrminorität deutlich länger als zunächst geplant vor einer feindlichen Übernahme geschützt werden. Das Land will seine Sperrminorität von 25,5 Prozent bis mindestens 2010 halten. Eine entsprechende Vereinbarung, die 2003 ausgelaufen wäre, ist 2002 um sieben Jahre verlängert worden. Das Land will auch im Falle einer Kapitalerhöhung bei der Salzgitter AG mitgehen, um die Sperrminorität zu erhalten. „Die Salzgitter AG und ihr Konzern müssen als selbstständiges Unternehmen mit Sitz und Entscheidungszentrum in Niedersachsen fortbestehen“, sagte Ministerpräsident Sigmar Gabriel in einer Erklärung. Das zum früheren Preussag-Konzern (heute TUI) gehörende Stahlunternehmen war 1998 vom Land Niedersachsen und der Norddeutschen Landesbank (Nord LB) übernommen worden, um den eigentlich geplanten Verkauf an einen ausländischen Stahlkonzern (VA Stahl AG) zu verhindern. Nach und nach wurde die Mehrheit der Aktien der Salzgitter AG an der Börse platziert. Salzgitter gilt wegen seiner im internationalen Vergleich geringen Größe als potenzieller Kandidat für eine Übernahme. Das sollte den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Österreich zu denken geben!

Salzgitter AG

Das Land Niedersachsen ist neben vielen anderen Unternehmen (über 50) auch maßgeblich an der Volkswagen AG² beteiligt; unmittelbar mit 0,1 % und mittelbar über die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH mit 13,6 %. Gemäß dem von der Europäischen Kommission bemängelten VW-Gesetz, ist in dem Gesetz ein Höchststimmrecht verankert, wonach kein Aktionär in der Hauptversammlung mehr als 20 Prozent der Stimmen ausüben kann – unabhängig davon,

Volkswagen AG

wie viele Anteile an dem Unternehmen er hält (§ 2 Abs. 1 VW-Gesetz). Zweitens sieht das VW-Gesetz bei wichtigen Entscheidungen eine Sperrminorität von 20 Prozent vor (§ 4 Abs. 2 VW-Gesetz). Drittens enthält das Gesetz besondere Entsendungsrechte zur Vertretung im Aufsichtsrat (§ 4 Abs. 1 VW-Gesetz). Das Land Niedersachsen, das nur Stammaktien besitzt, hat als größter Einzelaktionär einen Anteil von 13,7 % (18,2 % der Stammaktien) und damit den Haupteinfluss im Konzern. Sowohl der niedersächsische Wirtschaftsminister als auch der Ministerpräsident sitzen im Aufsichtsrat.

*Bayern:
Beteiligungen
sind ein
Instrument der
Struktur-,
Wirtschafts- und
Verkehrspolitik*

Ähnlich agiert das Land Bayern: Laut Bayerischer Haushaltsordnung (Art. 65) ist eine unternehmerische Betätigung des Staates zur Verfolgung eines wichtigen Staatsinteresses zulässig. Beteiligungen des Freistaats Bayern werden nicht gehalten, um dem Staat als Unternehmer ein wirtschaftliches Betätigungsfeld zu eröffnen, sondern sie sind ein Instrument der Struktur-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik (Quelle: Beteiligungsbericht des Freistaats Bayern 2002). Bayern hält sowohl zahlreiche Infrastrukturunternehmen als auch Industrie- und Gewerbeunternehmen.

Frankreich

Frankreich hat seine Beteiligung am Automobilkonzern Renault³ deutlich abgebaut, behält jedoch zur Sicherung des Einflusses einen Anteil von 25,91 %. Dieser Anteil garantiert dem Staat 31,83 % der Stimmrechte.

5. ... in Österreich zählt derzeit nur: Alles verkaufen und so rasch wie möglich!

*Verkauf zwecks
Schuldenabbau*

Mit dem Antritt der neuen Bundesregierung im Februar 2000 (Beginn der XXI. Legislaturperiode) und der Verabschiedung des ÖIAG-Gesetzes 2000 wurden die Weichen für die ÖIAG-Entwicklung, aber auch für die österreichische Wirtschaftspolitik insgesamt neu gestellt. Die Regierung hat sich zwecks Schuldenabbau in ihrem Programm zum Ziel gesetzt, die wichtigsten österreichischen Unternehmen, an denen der Staat noch Anteile hält, zu verkaufen.

Das im April 2000 im Parlament beschlossene ÖIAG-Gesetz 2000 stellt eine Pauschalermächtigung zur Privatisierung dar. Die Privatisierungspolitik der Regierung wird durch das Ziel des Schuldenabbaus dominiert, wirtschafts- bzw. industriepolitische Erwägungen treten in den Hintergrund. Angesichts des innerhalb eines kurzen Zeitraums zu tilgenden Schuldenbestandes besteht grundsätzlich die Gefahr des Ausverkaufs unter Zeitdruck und damit des Verschleuderns von Staatsvermögen (wie weiter unten noch dargestellt wird, hat sich diese Befürchtung bewahrheitet). Auf Grundlage des ÖIAG-Gesetzes 2000 wurde die ÖIAG mit der Postholding PTBG (rückwirkend) per 31.12.1999 zusammengeführt, wodurch die ÖIAG auch die Finanzverbindlichkeiten der PTBG übernommen hat. Bereits in der Sitzung des Ministerrats vom 29. Februar 2000 wurde festgelegt, dass neben der Österreichischen Staatsdruckerei, dem Dorotheum und der Print Media Austria der Flughafen Wien, die Postsparkasse, die Telekom Austria und die Austria Tabak zu 100 % privatisiert werden sollen. Bis zum Jahr 2003 sollte diese erste Privatisierungsphase bereits abgeschlossen sein. In einer zweiten Privatisierungsphase wurde seitens der Regierung auch die vollständige Privatisierung folgender Unternehmen in Erwägung gezogen: voestalpine, OMV, Böhler Uddeholm, VA Technologie, Austrian Airlines und die Österreichische Post AG.

Die darauf folgende Regierung (XXII. Legislaturperiode) schrieb in ihrem Programm 2003 die vollständige Privatisierung (100 %) von Böhler Uddeholm AG, VA Technologie AG, voestalpine AG, Österreichische Postbus AG, Österreichische Bergbauholding AG und der Telekom Austria (bis zu 100 %) vor. Für die Österreichische Post AG sollte ein strategischer Partner gesucht und damit ein erster Privatisierungsschritt vorgenommen werden. Nach abgeschlossener Privatisierung der angeführten Unternehmen sollte schließlich die Auflösung der ÖIAG erfolgen. Die verbleibenden Bundesbeteiligungen der ÖIAG sollten dann an eine neu zu gründende Bundesbeteiligungs- und -managementgesellschaft übertragen werden. Auch ÖBB und Verbund sollten dort eingebracht werden, wobei die verkehrs- und

ÖIAG-Gesetz 2000 ist Pauschalermächtigung zur Privatisierung

nach Abschluss der Privatisierungen soll auch ÖIAG aufgelöst werden

energiepolitische Steuerungskompetenz zur Gänze bei den zuständigen Ressorts verbleiben würde. Für die ÖBB wurde keine Privatisierung vorgesehen.

Im Zeitraum 2000 bis November 2003 wurden folgende Privatisierungen durchgeführt bzw. ergaben sich folgende Beteiligungsveränderungen (siehe auch Abbildungen 1 und 2):

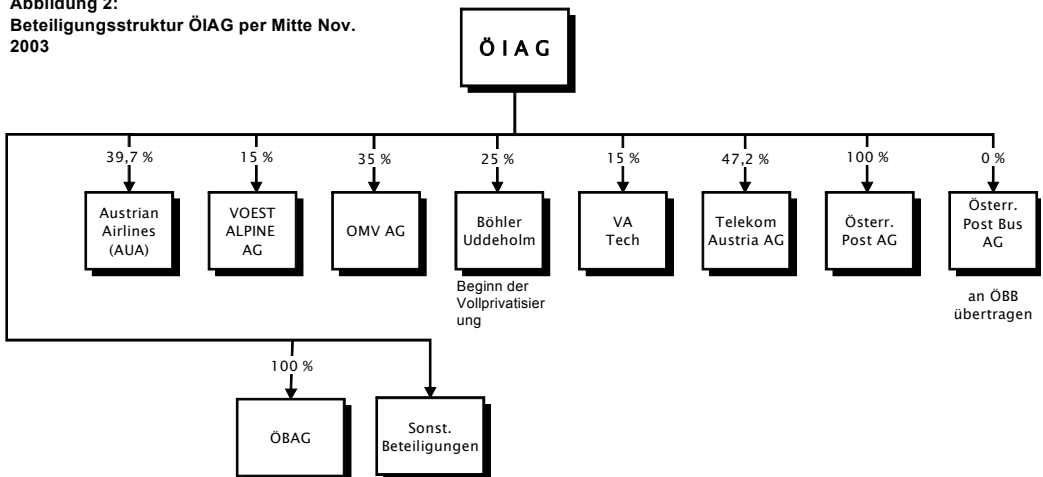
Abbildung 1: Beteiligungsstruktur ÖIAG / PTBG 1999

- November 2000: Verkauf von 100 % der PSK an die BAWAG.
- November 2000: Abgabe von 22,4 % an der Telekom Austria AG über die Börse und Abgabe von 4,8 % aufgrund vertraglicher Vereinbarungen an die STET International (Telekom Italia).
- November 2000: Verkauf von je 2,62 % der Flughafen Wien AG an die Stadt Wien und an das Land Niederösterreich (insgesamt 5,24 %) und Abgabe von 3,22 % im Zuge eines Aktienrückkaufs der Flughafen Wien AG.

- November 2000: Abgabe der Österreichischen Staatsdruckerei GmbH an die österreichische Investmentfirma Euro Capital Partners (ECP).
- März 2001: Abgabe der restlichen 8,92 % an der Flughafen Wien AG an inländische und ausländische institutionelle Investoren.
- Mai 2001: Abgabe von 1 % des Grundkapitals der VA Stahl AG im Zuge eines Aktienrückkaufprogramms an die VA Stahl AG.
- August 2001: Abgabe der restlichen 41,1 % der Austria Tabak AG an die Gallaher Group.
- September 2001: Abgabe der Dorotheum GmbH an die OneTwo Beteiligungs- und Managementberatungs GmbH.
- März 2002: 100%iger Verkauf der Strohal Rotations Druck GmbH an die Invest Equity Beteiligungs AG nach Verschmelzung der Holdinggesellschaft, Print Media Austria AG, mit der ÖIAG.
- Mai 2002: Durch die Kapitalerhöhung der voestalpine AG, bei welcher die ÖIAG nur zu 50 % teilgenommen hat, reduzierte sich der Anteil der ÖIAG von 37,8 % auf 34,7 %.
- Juni 2002: Durch Zuteilung der Bonusaktien im Zuge des Investitionsprogramms anlässlich des IPO im November 2000 reduzierte sich der Anteil der ÖIAG an der Telekom Austria AG von 47,8 auf nunmehr 47,2 %.
- September 2002: Verkauf der Postbus AG an die ÖBB unterzeichnet.
- Mai 2003: voestalpine AG verkauft ihr gesamtes Aktienpaket von 19,05% an der VA Technologie AG an eine Investorengruppe um den österreichischen Industriellen Mirko Kovats.
- August 2003: Am 8. August verkaufte die ÖIAG über die Deutsche Bank 1,37 Mio. VA-Tech-Aktien („4-Sekunden-Deal“). Die Aktionärsstruktur der VA Tech hat sich dadurch wesentlich verändert. Der ÖIAG-Anteil reduzierte sich von 24 % auf 15 %. Die Gruppe Kovats, die über die „Victory Industriebeteiligung AG“ 19,05 % hält, wurde damit zum Hauptaktionär der VA Tech.
- 15. September 2003: Übertragung der Postbus AG an die ÖBB.

- 19. September 2003: Privatisierung der voestalpine AG über die Börse. Der gesamte ÖIAG-Anteil von 34,7 % stand zur Disposition, wobei auch eine Aufstockung der Mitarbeiterbeteiligung und die Ausgabe einer Umtauschanleihe seitens der ÖIAG erfolgte. Der ÖIAG-Anteil reduzierte sich vorläufig auf 15 % (wenn nach drei Jahren die Option auf Umtausch in voestalpine-Aktien genutzt wird, reduziert sich der ÖIAG-Anteil auf null).
- 12. November 2003: Beschluss des ÖIAG-Aufsichtsrats, den 25%-Anteil der ÖIAG an der Böhler-Uddeholm AG über die Börse zu verkaufen.

Abbildung 2:
Beteiligungsstruktur ÖIAG per Mitte Nov. 2003



5.1. Privatisierung der Telekom Austria – ein Flop

Für die Regierung steht fest, dass der „Staat ein schlechter Unternehmer“ ist. Daher muss privatisiert werden. Gleichzeitig soll die Post an die Deutsche Post und die Telekom (möglicherweise) an die Swisscom – das heißt an Unterneh-

men, die unter dem Einfluss eines anderen Staates stehen – verkauft werden. Ist denn der österreichische Staat ein schlechterer Unternehmer bzw. Eigentümer als die anderen Staaten?

Die erste Tranche der geplanten Totalprivatisierung der Telekom Austria (TA) ging am 21. November 2000 über die Bühne und wurde erwartungsgemäß ein Flop. Eine Privatisierung, die unter großem politischem Druck innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden muss, führt notgedrungen zu einer Verschleuderung von Vermögenswerten. Nur wenige Monate zuvor war von einer hochrangigen Persönlichkeit im Umfeld der Regierung Folgendes zu hören: „Eine Verzögerung der Telekom-Privatisierung würde nichts bringen. Man muss sich einfach getrauen, die Unternehmen endlich zu verkaufen und nicht immer diskutieren, wie hoch der Preis sein könnte“ („Wirtschaftsblatt“ vom 10.05.2000). Es war tatsächlich der denkbar schlechteste Zeitpunkt für den Telekom-Börsegang. Im Oktober und November 2000 gaben die Börsen weltweit nach. Telekommunikations-Werte waren zu jener Zeit wenig gefragt. Der Absturz der Head-Aktie an der Wiener Börse veranlasste damals Andritz und auch die zur VA-Tech-Gruppe gehörende AI-Informatics, ihre Börsegänge auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Das ursprünglich von der ÖIAG geplante Emissionsvolumen von 28 Prozent der TA wurde auf 25,8 % reduziert. Der zum Zeitpunkt des Börseganges erwartete Verkaufserlös (exklusive Sonderrabatte für Privatanleger und MitarbeiterInnen) lag bei 1,16 Mrd. Euro. Da der Emissionspreis unter der Mindestpreis-Vereinbarung von 11,87 Euro je Aktie lag, die mit der Telecom Italia bei deren Einstieg in die TA getroffen wurde, musste die ÖIAG den Italienern Gratisaktien im Ausmaß von 4,8 Prozent an der TA überlassen. Telecom Italia hatte knapp zwei Jahre zuvor für ihr Sperrminoritätspaket rund 2 Mrd. Euro zu bezahlen. Der Anteil der ÖIAG an der TA wäre damit von 75 Prozent minus einer Aktie auf 44,4 Prozent gesunken und der Anteil der Telecom Italia von 25 Prozent plus einer Aktie auf 29,8 Prozent gestiegen (bei 25,8 Prozent Streubesitz). Im Endeffekt fiel der Börsegang aber noch schlechter aus: Schließlich konnten nur

Druck führt zur Verschleuderung von Vermögenswerten

*vom billigen
Ausgabekurs
profitieren v. a.
institutionelle
Anleger*

22,4 % der Aktien im Wert von 1 Mrd. Euro verkauft werden, und der ÖIAG-Anteil reduzierte sich auf 47,8 %. Der Telecom-Italia-Anteil stieg hingegen – für die Telecom Italia kostenlos – auf 29,8 %. Die beim Börsegang zu erwerbenden Aktien der Telekom Austria wurden als „Volksaktien“ präsentiert – Herr und Frau Österreicher sollten vom billigen Ausgabekurs profitieren. Tatsache ist aber, dass mehr als 90 % der Aktien an institutionelle Investoren gingen.

In der XXI. Gesetzgebungsperiode wurden keine weiteren ÖIAG-Anteile an der TA verkauft, sodass der Privatisierungsauftrag der Regierung aus dem Jahr 2000 nicht erfüllt wurde. Die Telecom Italia – sie hält derzeit noch 14,8 Prozent – will sich bis 2004 aus der TA zurückziehen. Am 18. August 2003 wurde seitens der ÖIAG eine Umtauschanleihe (Spezialform der Wandelanleihe) im Gesamtwert von 325 Mio. Euro (entspricht 5 % der TA-Aktien zu einem Kurs von 13 Euro je Aktie) ausgegeben. Die Anleihezeichner haben die Option, die Anteile nach drei Jahren in Aktien umzutauschen oder sich die Anleihe von der ÖIAG auszahlen zu lassen.

5.2. Austria Tabak – ans Ausland verkauft und von der Börse genommen

Anfang 2000 erhielt die ÖIAG den Auftrag, Austria Tabak zur Gänze zu privatisieren. Laut Privatisierungsplan der ÖIAG sollte der Verkauf 2002 stattfinden – ein Erlös von 400 Mio. Euro wurde erwartet. Die ÖIAG zog mit AR-Beschluss⁴ vom 21.06.2001 die Vollprivatisierung der börsennotierten Austria Tabak vor, obwohl feststand, dass durch den möglichen Wegfall des Lizenzgeschäftes (wenn einer der Lizenzgeber mehr als 15 % der Anteile erwirbt, haben die anderen das Recht, ihren Lizenzvertrag zu kündigen) ein erheblicher Teil des Umsatzes wegbrechen könnte und dies daher für die Beschäftigten sehr negative Folgen hätte (Betriebsschließungen usw.).

In einem internationalen Auswahlverfahren bekam Gallaher unter mehreren Interessenten den Zuschlag für den 41,1%-Anteil der ÖIAG an Austria Tabak (Vertragsunterzeichnung am 21.06.2001).

Gallaher entrichtete für den ÖIAG-Anteil einen Kaufpreis von 85 Euro pro Aktie – das brachte einen Verkaufserlös von 770 Mio. Euro. Im Zuge des Erwerbs haben die Lizenzgeber zugesagt die Verträge nicht zu kündigen und seitens Gallaher wurde eine dreijährige Standortgarantie schriftlich abgegeben. Für den Zweck der Übernahme wurde eigens eine österreichische GesmbH gegründet, die Gallaher (Austria) GmbH, die ihrerseits im Eigentum von Gallaher Overseas (Holdings) Limited (0,45 %) und Harrigan Limited, Jersey, (99,55 %) steht. Das gesamte ÖIAG-Aktienpaket an der AT wurde an die Gallaher (Austria) übertragen.

Auswirkungen des Verkaufs der Austria Tabak AG: Die von Gallaher in Österreich gegründete GesmbH (Gallaher Austria), die eigentliche Käuferin des ÖIAG-Aktienpakets, hat zwecks Kaufpreisfinanzierung ein Darlehen aufgenommen. Das operative Unternehmen der AT wurde in eine AG & Co KG umgewandelt, das heißt, die AG ist nunmehr der Komplementär-gesellschafter. Die Gewinne der AT werden mit den Aufwendungen für die Schuldentilgung der AG & Co KG gegenverrechnet. Dem Staat entgehen dadurch erhebliche Steuereinnahmen (im Jahr 2000 25 Mio. Euro). Zu diesem Steuerausfall hinzu kommt der jährliche Dividendenentgang für den Bund (im Jahr 2000 in der Höhe von 55 Mio. Euro). Eine weitere wesentliche Folge des Verkaufes war die Streichung der AT-Aktie vom Kurszettel der Wiener Börse. Da die AT bis dahin der zweitstärkste Titel war, bedeutete dies einen wesentlichen Schaden für die Wiener Börse und damit für den Finanzplatz Österreich insgesamt.

*Schaden für
Staat und
Finanzplatz
Österreich*

5.3. Voestalpine – mehrheitlich ans Ausland verkauft

Die ursprünglich geplante Abgabe von 8 % voestalpine-AG-Aktien (früher: VA Stahl AG) wurde aufgrund der schlechten Börsesituation im Jahr 2000 gestoppt. Im Rahmen des Verkaufs von 9 % der voestalpine-Aktien seitens der VA Tech (VA Tech war mit 19,93 % an d. VA Stahl AG beteiligt) wurden im Juli 2000 – im Rahmen eines Aktienrückkaufes – eigene Aktien im Ausmaß von 4,01 % gekauft. Gemeinsam mit dem bereits im April 2000 erfolgten Erwerb von 1 % ihres Grundkapitals an der ÖIAG (ÖIAG-Anteil an voestalpine reduzierte sich damit auf 37,8 %), konnte die voestalpine letztlich 5,01 % eigene Aktien für ein Mitarbeiterbeteiligungsmodell verwenden, welches noch vor dem Sommer 2001 beschlossen wurde („Voest-Alpine-Arbeitnehmer-Privatstiftung“). Der restliche voestalpine-Anteil von 4,99 % wurde von der VA-Tech an einen institutionellen Finanzinvestor abgegeben. Die sich daraus ergebende VA Tech-Beteiligung an der voestalpine von 10,93 % wurde durch weitere Anteilsverkäufe an die Oberbank zunächst reduziert – letztlich hat sich die VA Tech ganz zurückgezogen, während die voestalpine ihre Beteiligung an der VA Tech von 19,05 % vorerst aufrechterhalten hat. Bereits im Februar 2002 hielt die RLB Oberösterreich 6,5 %, die Oberbank 6 % und die Allianz-Versicherung 5 % an der voestalpine. Die Oberbank AG verwaltet ihre Anteile gemeinsam mit der „Betriebsobjekte Verwertung Gesellschaft m.b.H“. Die RLB OÖ hält ihre Anteile mittelbar über eine „Privatstiftung für die Zukunftssicherung von Unternehmen in OÖ“ und diese über die „Gesellschaft zur Sicherung von Industrieunternehmen GmbH & Co“. Durch die Kapitalerhöhung der voestalpine AG im Mai 2002, bei welcher die ÖIAG nur zu 50 % teilgenommen hat, reduzierte sich der Anteil der ÖIAG von 37,8 % auf 34,7 %. Mit der im März 2003 durchgeführten zweiten Etappe der Mitarbeiterbeteiligung befanden sich nunmehr 6,4 % der voestalpine-Aktien im Eigentum der Mitarbeiter. Im Mai 2003 verkaufte die voestalpine AG schließlich ihr gesamtes Aktienpaket von 19,05 % an der VA Technologie AG an eine

Investorengruppe um den österreichischen Industriellen Mirko Kovats (über die Beteiligungsgesellschaft Victory).

Um die Übernahme der voestalpine durch strategische Investoren, wie Magna oder ThyssenKrupp, die nur an Teilen der voestalpine Interesse haben, wodurch eine Zerschlagung des Konzerns daher absehbar ist, zu verhindern, wurden vom Finanzminister (erst aufgrund von massivem öffentlichem Druck) Privatisierungsbedingungen formuliert und der Privatisierungsauftrag nachgebessert: Nach Berichten über den Geheimplan „Minerva“, wonach Magna die voestalpine übernehmen und in weiterer Folge filetieren wollte, präzisierte am 24. Juni 2003 die Bundesregierung den Privatisierungsauftrag an die ÖIAG mit zwei Verkaufsvarianten für den 34,7%-Anteil: eine weitere Privatisierung über die Börse oder ein Anteilsverkauf an Finanzinvestoren. Dabei müsse ein österreichischer Kernaktionär gewahrt sein, die Entscheidungszentrale sowie Forschung und Entwicklung in Österreich bleiben und die Einheit des Unternehmens gewahrt bleiben. Am 26.08.2003 wurde schließlich im Privatisierungsausschuss beschlossen, weitgehend das gesamte ÖIAG-Paket an die Börse zu bringen. Und zwar in Form des Bookbuilding-Verfahrens⁵. Als Zielwert wurde ein Preis von 37 Euro je Aktie genannt. Der Beschluss wurde schließlich durch den ÖIAG-Aufsichtsrat am 05.09.2003 genehmigt. Tatsache ist, dass schon beim angestrebten Preis von 37 Euro je Aktie nicht annähernd der Buchwert des Unternehmens von 1.786 Mio. Euro bzw. 45,10 Euro je Aktie Erlöst worden wäre. Ganz abgesehen vom eigentlichen Unternehmenswert, welcher auf mindestens 2.580 Mio. Euro geschätzt wurde. Dies hätte einem Preis pro Aktie von 65,15 Euro entsprochen. Dass viele Stahlfirmen an der Börse unterbewertet sind, ist kein Trost, denn die Übernahmegefahr ist dadurch trotzdem gegeben. Die Sekundärmarktplatzierung⁶ von Aktien der voestalpine AG und das Angebot einer Anleihe⁷, die in Aktien der voestalpine AG umgetauscht werden kann (Umtauschanleihe), erfolgte am 19. September 2003 durch die ÖIAG. Daraus ergaben sich für die voestalpine AG folgende neue Eigentumsverhältnisse:

Buchwert wurde nicht annähernd erreicht

Übernahmegefahr nach wie vorgegeben

*neue Eigentums-
verhältnisse*

Institutionelle Anleger im In- und Ausland sowie Streubesitz (74,6 % [davon 39 % Österreich und 35,6 % Ausland]), ÖIAG (15 % bis 2006 [Umtauschanleihe]), VOEST-ALPINE-Arbeitnehmer-Privatstiftung (10,4 %). Die inländischen Investoren und Kleinaktionäre verteilen sich etwa folgendermaßen (Schätzung): RLB und Raika-Gruppe: 13,7 %, Oberbank: 7,3 %, Landes-Hypo-Bank: 1,3 %, OÖ Versicherung: 0,6 %, VKB: 0,3 %, Generali: 0,5 %, sonstiger inländischer Streubesitz: 15,4 %.

Fazit: Die voestalpine wurde mehrheitlich ans Ausland verkauft: Die Umtauschanleihe wurde zu 100 % von ausländischen Investoren gekauft. Einen österreichischen Kernaktionär gibt es nur befristet. Gemäß Ministerratsbeschluss vom 24. Juni 2003, bei dem die Nachbesserung des Privatisierungsauftrags der voestalpine erfolgte, wurde, wie bereits angeführt, u. a. beschlossen, dass die voestalpine eine österreichische Kernaktionärsstruktur behält. Nach Rechtsansicht des Justizministeriums stellten die österreichische Investoren, da diese sich nicht syndizieren wollten, keinen österreichischen Kernaktionär dar. Daher kam es zu dieser „Kompromisslösung“, wonach die ÖIAG für die nächsten drei Jahre 15 % behält. Nach Umtausch in Aktien (2006) befindet sich die voestalpine jedenfalls mehrheitlich in ausländischer Hand. Niemand kann jedoch private Investoren daran hindern, ihre Anteile an der voestalpine mittelfristig oder auch binnen kürzester Zeit wieder zu verkaufen. Dann kämen die im Hintergrund wartenden strategischen Investoren, wie beispielsweise Magna oder Thyssen, wieder zum Zug. Die Gefahr der Zerschlagung der voestalpine mit folgenschweren Auswirkungen auf den Unternehmensstandort ist daher nicht gebannt. Nur eine gesicherte Sperrminorität in öffentlichem Eigentum könnte den voestalpine-Standort langfristig absichern. Darüber hinaus würde eine Beteiligung von österreichischen institutionellen Investoren und eventuell auch eine Ausweitung der Mitarbeiterbeteiligung durchaus Sinn machen.

*Gefahr der
Zerschlagung ist
nicht gebannt*

5.4. VA Technologie und Böhler-Uddeholm

Im Falle VA Technologie und Böhler-Uddeholm wurde der Einfluss der ÖIAG und damit des Staates nach und nach zurückgedrängt – private Investoren wurden zu Hauptaktionären.

Wie weiter oben schon angeführt, verkaufte die voestalpine AG ihr gesamtes Aktienpaket von 19,05 % an der VA Technologie AG an eine Investorengruppe um den österreichischen Industriellen Mirko Kovats (über die Beteiligungsgesellschaft Victory): Kaufpreis 67 Mio. Euro (ab 20 % müsste lt. Statuten der VA Tech ein Übernahmeangebot an die restlichen Aktionäre gemacht werden). Am 8. August 2003 verkaufte die ÖIAG über die Deutsche Bank 1,37 Mio. Euro VA-Tech-Aktien („4-Sekunden-Deal“). Die Finanzmarktaufsicht ermittelt diesbezüglich wegen Kursmanipulation (Verdacht auf einen „prearranged deal“). Die Käufer, vorwiegend Fonds der BA-CA und der Raiffeisengruppe, sollen bereits vor der Transaktion bekannt gewesen sein. Die mit Mirko Kovats in enger Verbindung stehende M&A-Bank kam dabei nicht zum Zug. Damit hätte sich Kovats, ohne ein Übernahmeangebot stellen zu müssen, den kontrollierenden Einfluss gesichert.

*Verdacht auf
„prearranged
deal“*

Mit einem Anteil von 19,05 % wurde Kovats damit allerdings zum Hauptaktionär der VA Tech. Die Aktionärsstruktur der VA Tech hat sich dadurch wesentlich verändert. Der ÖIAG-Anteil reduzierte sich von 24 % auf 15 %. Kovats hält über die „Victory Industriebeteiligung AG“ 19,05 %. Der Streubesitz beläuft sich auf 64,28 %. Einen erheblichen Anteil machen Portfolios internationaler Investment- und Pensionsfonds – der Großteil dieser institutionellen Investoren kommt aus Großbritannien und USA – aus. Die Mehrheit des Streubesitzes ist im Besitz österreichischer Investoren (Investmentfonds, Versicherungen, Banken, Privatbesitz, Stiftungen, Unternehmen).

Die Privatisierung des 25 %-Anteils der ÖIAG an Böhler-Uddeholm über die Börse wurde am 12. November 2003 gestartet. Auch hier kommt teilweise das Bookbuilding-Verfahren zur Anwendung. Die von Rechtsanwalt Rudolf Fries angeführte

private österreichische Investorengruppen hielt bereits Anfang 2002 zusammengerechnet einen Anteil 25,1 % am Grundkapital der Gesellschaft (BU-Industrieholding GmbH: ca. 10 %, Techno Holding AG: ca. 7 %, BUB Beteiligungs GmbH: ca. 8 %). Damals hat die ÖIAG bereits die Mehrheit in der Hauptversammlung verloren. Diese Anteile wurden per Ende März 2003 unter dem Dach der BU Industrieholding zusammengefasst. Die Eigentumsverhältnisse stellen sich vor der Privatisierung folgendermaßen dar: BU Industrieholding GmbH (25,6 %), Firmeneigener Aktienbesitz (4,6 %), institutionelle Anleger im In- und Ausland sowie Streubesitz (44,8 %), ÖIAG (25 %).

6. Ausblick

*durch
Privatisierung
wird
wirtschafts- und
industriepolitischer
Spielraum
aufgegeben*

Die Regierung beabsichtigt ihre Privatisierungspläne – ohne Wenn und Aber – auch wirklich durchzusetzen. Letztlich soll auch die ÖIAG aufgelöst werden. Wie die Diskussion rund um die Privatisierung der voestalpine gezeigt hat, gibt es durchaus in allen politischen Lagern erhebliche bis geringfügige Zweifel an der Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses. In manch anderen europäischen Ländern versuchen die Verantwortlichen – trotz Privatisierungsmaßnahmen – zumindest die Möglichkeit des Einflusses auf gewisse Schlüsselunternehmen zu wahren und damit einen gewissen wirtschafts- und industriepolitischen Spielraum zu behalten. Der in Österreich eingeschlagene Weg vergibt diese Chance und das ohne einen ökonomisch nachvollziehbaren Grund. Damit werden mittel- bis langfristig (unnötigerweise) Unternehmensstandorte und Arbeitsplätze gefährdet. Unternehmen wie beispielsweise voestalpine oder Böhler-Uddeholm haben bewiesen, dass sie trotz hohem Staatsanteil hervorragend wirtschaften und sich gegen die Konkurrenz weltweit durchsetzen konnten.

Stand des Beitrages: 14. November 2003

Anmerkungen:

- 1 Aktionärsstruktur Salzgitter AG (September 2003):
 - 20,7 % Nord LB
 - 25,5 % Hannoversche Beteiligungsgesellschaft mbH (100 % Land Niedersachsen)
 - 53,8 % Streubesitz inkl. eigene Anteile
- 2 Laut Geschäftsbericht 2002 sieht die Aktionärsstruktur der Volkswagen AG (Stammaktien + stimmrechtslose Vorzugsaktien) folgendermaßen aus:
 - Privataktionäre 38,6 %
 - Institutionelle Anleger Ausland 29,0 %
 - Land Niedersachsen 13,7 %
 - Eigene Stammaktien 9,8 %
 - Institutionelle Anleger Inland 8,9 %
- 3 Aktionärsstruktur Renault (30.06.2003):
 - Franz. Staat 25,91 % (31,83 % der Stimmrechte)
 - Nissan 15,00 % (keine Stimmrechte)
 - Mitarbeiter 3,43 % (4,21 % der Stimmrechte)
 - Eigene Aktien 3,59 %
 - Streubesitz 52,07 % (63,96 % der Stimmrechte)
- 4 Dem Aufsichtsrat wurde jedoch nur der Bestbieter vorgelegt. Die Arbeitnehmervertreter haben den Aufsichtsrat aus Protest wegen der fehlenden Unterlagen usw. verlassen und waren bei der Abstimmung daher nicht mehr anwesend. Im Hinblick auf diesen Sachverhalt wurde ein Gutachten erstellt. Das Gutachten ergab, dass der AR-Beschluss verfahrensfehlerhaft zustande gekommen ist und die Verfahrensmängel potenziell den Beschlussinhalt beeinflussen konnten.
- 5 Bei uns eine relativ neue Form der Platzierung von Wertpapieren. Beim Bookbuilding handelt es sich um ein bewährtes angelsächsisches Verfahren zur Ermittlung eines realistischen Aktien-Emissionspreises. Das Bookbuilding verläuft in mehreren Stufen: Zunächst wirbt die emittierende Gesellschaft um die Gunst der Banken. In der Pre-Market-Phase eruiert die ausgewählten Banken das Interesse potenzieller Großanleger an den neuen Aktien. Mittels unverbindlicher Preisangebote wird dann eine Preisspanne festgelegt und die Aktie anschließend in so genannten Road-Shows an den internationalen Finanzmärkten präsentiert, um weitere Investoren zu gewinnen. Dann folgt mit der Order-Taking-Phase das eigentliche Bookbuilding. Innerhalb von maximal zwei Wochen haben institutionelle und private Anleger Zeit, ihre Orderwünsche abzugeben. Schließlich wird während der Pricing-Phase in einer Art Versteigerung vom „Buchmacher“, d. h. der führenden Konsortialbank, der eigentliche Emissionspreis ermittelt.
- 6 Der Angebotspreis für die Aktien wurde im Rahmen des Bookbuilding-Verfahrens mit nur 32,50 Euro festgesetzt. Das Aktienangebot bestand aus einem öffentlichen Angebot an Privatanleger und institutionelle Anleger in Österreich sowie aus einer internationalen Privatplatzierung an institutionelle Anleger, einschließlich einer Privatplatzierung an so genannte Qualified Institutional Buyers in den Vereinigten Staaten und umfasste 7.780.758 Aktien der voestalpine AG (dies entspricht ca. 19,7 % des Grundkapitals der Gesellschaft). Von diesen Aktien wurden ca. 19,3 % an die voestalpine-Mitarbeiterstiftung zu einem diskontierten Preis von 28,28 Euro pro Aktie abgegeben. Ungefähr

- 29,1 % der Aktien wurden österreichischen institutionellen Investoren zugeteilt. Rund 16,8 % der Aktien wurden Privatanlegern zugeteilt. Die restlichen Aktien wurden breit bei internationalen institutionellen Investoren gestreut.
- 7 Am 19.09. schloss die ÖIAG auch die Angebotsfrist für das Angebot einer 2006 fälligen Anleihe (Umtauschanleihe), die in 5.940.642 Aktien der voestalpine AG (sie entsprechen rund 15% des Grundkapitals der Gesellschaft) umgetauscht werden kann, im Umfang von 245,2 Mio. Euro. Die Umtauschanleihe wurde im Ausland bei einer großen Zahl internationaler institutioneller Investoren platziert und hat einen Kupon von 1,5 % pro Jahr. Der Umtauschpreis wurde mit 41,275 Euro pro Aktie der voestalpine AG festgesetzt. Dies entspricht einer Prämie von 27 % gegenüber dem Angebotspreis des Aktienangebots.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@ak-ooe.at
Internet: www.isw-linz.at